

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 25 mm breite Zeile kostet 0,15 R.-M.  
im Anschluss an redaktionelle Zeit 79 mm breit kostet 2 R.-M., für  
ausführliche 0,40 R.-M.; die Redakteure  
für Buchdruckereien beträgt 0,30 R.-M. - Die Briefabgabe  
für bestimmte Zonen und Städten kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch  
Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M.  
Postpreis für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,40 R.-M. Postgebühren  
(ohne Zustellungsgebühr). Straubankettungen für bis Wege 1,00 R.-M.  
Einzelnummer 10 R.-Pl. außerhalb Groß-Dresden 15 R.-Pl.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-II, Heribertstr. 1 • Postadresse: Dresden-II, 1. Polizei • Fernmelde: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 11194, 20024, 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden  
Postleitzahl: Dresden 2000 - Nichtverlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder zurückgefordert noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Deichabfuhr oder Störung haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrags.

Nr. 304 / 40. Jahrgang

Mit der Beilage „Natur und Gesundheit“

Donnerstag, 29. Dezember 1932

## Das neue außenpolitische Programm Amerikas

Die Margarine-Notverordnung - Die Aufhebung der Goldentlösungsplast in Südafrika

### Was Roosevelt plant

Sonderberichterstattung der Dresdner Neuesten Nachrichten

**C** New York, 28. Dezember. (Durch United Preß) Über das außenpolitische Programm des neuen amerikanischen Präsidenten Roosevelt, der sein Amt im März 1933 antretet, veröffentlicht Oberst Edward M. House einen Aufsatz in der Januarnummer der Vierteljahrsschrift "Foreign Affairs". Oberst House hatte, wie erinnert, während des Krieges für den Präsidenten Wilson zahlreiche vertrauliche Missionen im Auslande durchgeführt. Er steht auch den neugewählten Präsidenten Roosevelt als Berater für die Außenpolitik besonders nahe. Seine Ausführungen können daher als getreues Spiegelbild der Absichten des künftigen amerikanischen Präsidenten gelten.

House bezeichnet als Grundzüge des künftigen amerikanischen Regierung das Bestreben, die Kriegsprobleme endgültig zu klären und das Weltkrieg in der Welt wiederherzustellen.

Im einzelnen besaß er sich mit den Problemen der Goldpolitik, der interalliierten Schulden, der Ar-  
mierung und des mandschurischen Frage.

#### Zur Goldfrage sagt House,

dass die Vereinigten Staaten durch den Krieg aus einem Friedenreich zu einem Kriegsreich geworden seien, was für die Goldfrage von einschneidender Bedeutung sei. Er erinnert daran, dass Präsident Mc. Kinley selbst, der Schöpfer des amerikanischen Schuldensystems, in seiner letzten Rede vor der gesetzlichen Abstimmung gewarnt habe, dass Amerika für alle Zukunft fortwähren könne, an das Ausland auf Grund der bisher eingegangenen Schuldverpflichtungen alljährlich die Summe von 1,2 Milliarden Dollar zahlen. Wir müssen die dem Ausland gegebenen, an und zu zahlen, ohne neue Schulden bei uns zu machen. Die Schuldenverlängerungen können uns zum Teil in Waren, zum Teil in Dienstleistungen und zum Teil in Gold zahlen. Wir müssen unsre Goldpolitik so umgestalten, dass unsre Auslandsanlagen gefährdet sind, während gleichzeitig unsre Wirtschaftsunternehmungen dabei angemessene Schutz gegen unbillige Konturen finden. Diese Goldsätze müssen in möglichem Umfang und einige sogar sehr stark herabgesetzt werden. Ich schlage keinen Freihandel vor, auch nicht die Einführung von reichen Importzöllen, sondern vielmehr einen Zoll, der den Wettbewerb ermöglicht und Staatsdeutnahmen schafft. Durch diese Reform wird uns der Schutz erhalten, aber

"Wie die Dinge heute stehen", führt House fort, "muss uns das Ausland auf Grund der bisher eingegangenen Schuldverpflichtungen alljährlich die Summe von 1,2 Milliarden Dollar zahlen. Wir müssen die dem Ausland gegebenen, an und zu zahlen, ohne neue Schulden bei uns zu machen. Die Schuldenverlängerungen können uns zum Teil in Waren, zum Teil in Dienstleistungen und zum Teil in Gold zahlen. Wir müssen unsre Goldpolitik so umgestalten, dass unsre Auslandsanlagen gefährdet sind, während gleichzeitig unsre Wirtschaftsunternehmungen dabei angemessene Schutz gegen unbillige Konturen finden. Diese Goldsätze müssen in möglichem Umfang und einige sogar sehr stark herabgesetzt werden. Ich schlage keinen Freihandel vor, auch nicht die Einführung von reichen Importzöllen, sondern vielmehr einen Zoll, der den Wettbewerb ermöglicht und Staatsdeutnahmen schafft. Durch diese Reform wird uns der Schutz erhalten, aber

nicht ein Zoll, der die Einfuhr fremder Waren ganz ausschließt.

Wenn fremde Waren auf einer Grundlage zugelassen werden, die unsre Industrie den Weltmarkt ermöglich, werden unsre Industrie die fremden Märkte wieder gewinnen, und unsre Industrie wird wieder ihren früheren Platz bei unsrer Landwirtschaft finden. Schließlich darf man auch nicht übersehen, dass möglichste Zollsätze, die die fremden Waren zulassen, dem Käufers Gläubiger bringen, während das bei den leichten Provinzen nicht der Fall ist."

House weist dann auf die in der ganzen Welt im Gange befindlichen Goldkriege hin und erklärt, dass die amerikanische Schuldhaftigkeit und die Nachfrage, die insbesondere Kanada darauf erwachten seien, den letzten Anlass dazu gegeben hätten, dass das englische Weltreich sich zu einer Solleheit zusammen geschlossen habe. Dieses Ereignis, an dem die Amerikaner selbst die Schuld tragen, müsse für die Vereinigten Staaten die schwersten Folgen haben.

Roosevelt habe die Absicht fundgern eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der eine Herabsetzung der Goldsätze beraten

ans der Goldkonferenz oder auf dem bevorstehenden Weltwirtschaftskongress geregelt werden.

In engem Zusammenhang mit dem Goldproblem steht die Schuldenfrage.

House weist darauf hin, dass Roosevelt diese Wechselwirkung richtig erkannt und angedeutet habe, dass Amerika eine Rückzahlung nur erwarten könne, wenn seine Goldsätze herabgesetzt würden. Die Schuldenfrage müsse entspoliert werden. Roosevelt sei bereit, mit den einzelnen Schuldenstaaten zu verhandeln, um eine endgültige und tragbare Lösung zu finden. Oberst House weist weiter darauf hin, dass gerade die herrschende Unsiherheit ein wesentlicher Faktor sei, der der Wiederaufbau normaler Wirtschaftsverhältnisse hinderlich im Wege steht. So könnte zum Beispiel England, solange die Schuldenfrage nicht gelöst sei, nicht zu dem Goldstandard zurückkehren. Es liegt auf der Hand, dass diese Frage für den amerikanischen Handel von großer Bedeutung sei. Die Pariser Konferenz hat die Schuldenfrage als eine der ersten auf dem Wege zur endgültigen Vereinigung der Reparationsfrage. Aus demselben Grunde müssten die Amerikaner als vernünftige Geschäftsmänner aus praktischen Erwägungen die notwendigen Schritte tun, um endgültig das Kriegsschuldenproblem zu entschärfen.

Was die Abrüstung angeht, so vertritt House die These, dass die Sicherheit der Abrüstung vorangehen müsse. Wenn die Amerikaner, die die Abrüstung predigen, dabei auftrügen zu wollen, so müssten sie dazu beitragen, dass die Völker des Kriegs neuwählen, dass ihre Grenzen und ihr Wehr sicher seien. House erinnert daran, dass das demokratische Wahlprogramm gefordert habe, dass der Pariser Kriegsaufwand durch die Einführung von Bestimmungen verstärkt werde, die bei drohender Kriegsgefahr Verhandlungen und Konferenzen unter den Signatarien vorsehen. Durch dies sei anerkannt, dass auf dem langen und mühseligen Wege zur Abrüstung die politischen Lösungen den Vortritt vor den technischen Lösungen haben müssten. Der Grad, in dem ein Staat in seine Abrüstung willige, werde von dem Grade abhängen, in dem dieses Land sich ohne die Rüstungen fühle, deren Abholzung von ihm verlangt werde.

Einzigartiges Problem des mandschurischen Problems meint House, dass eine Einigung zwischen China und Japan unter den Aufsichten des Völkerbundes den Interessen Amerikas und der Welt am besten entsprechen werde.

Zum Schluss kommt House auf die geistige Einstellung Amerikas zur übrigen Welt zu sprechen. Er meint, dass bei seinen Kollegen in der glücklichen geographischen Lage ihres Landes und der großen Prosperität, die der Krieg vorausging, eine gewisse Überheiterung des Selbstbewusstseins gezeigt habe: "Wir haben nicht erkannt, dass Reichtum und Macht leicht Reichtum hervorzuheben und dass der Sieger vom Reichtum und Macht bei all seinen Handlungen ein ganz besonderes Maß von Billigkeit und Rücksicht zeigen muss." Seit dem Kriege habe sich in der Welt der Einbruch gezeigt, dass die Quellen des amerikanischen Reichtums unverfügbar seien. Inzwischen habe sich gezeigt, dass die Befestigung irrtig sei. Im vorigen Jahre habe das Bundesbudget der Vereinigten Staaten eine Unterblase von fast drei Milliarden Dollar aufgewiesen. In diesem Jahre würden es vielleicht zwei Milliarden werden. Ebenso wie Amerika die Wirtschaftslage seiner Schulden in Betracht ziehen müsse, so müssten auch diese Rücksicht auf die Vereinigten Staaten nehmen.

Erst Zahlung - dann Revision

Sonderberichterstattung der Dresdner Neuesten Nachrichten

**C** Washington, 28. Dezember. (Durch United Preß) Die Einkellung der amerikanischen Regierung zu der Weisung Konferenz, die am 15. Dezember fällig geweine Schulden zu zahlen, wurde gestern von hoher amtlicher Stelle dahin präzisiert, dass es anstrengt vor allen Dingen die Deutschen zu zahlen, um später über eine Schuldenrevision reden zu können. Die Auszahlung der überfälligen Rate sei eine unumgängliche Verpflichtung für jede Neuflözung der französischen Schulden durch Amerika

### Die kommende große Entscheidung

B. Berlin, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht)

In Berliner politischen Kreisen erörtert man eifrig die Frage, wann der Reichstag wieder zusammen treten wird. Wahrscheinlich werden die Kommunisten in der Sitzung des Reichstagsrates am 4. Januar die sofortige Einberufung des Parlaments fordern. Als früherer Zeitpunkt könnte indes nur Montag der 9. oder Dienstag der 10. Januar in Frage. Es ist aber kaum anzunehmen, dass die anderen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Sozialdemokraten, sich mit einem so frühen Termin einverstanden erklären werden. Offenbar ist die Mehrheit der Ansicht, dass es zweckmäßig sei, den Reichstag erst Mitte Januar zu versammeln. Die Regierung würde sich allerdings, wie sie aussichtsweise betonen lädt, einem früheren Termin fernhalte widerleben, da ihr an einer baldigen Klärung liegt. Die erste Sitzung des Reichstags würde dann mit der Regierungserklärung angesetzt sein, an die sich wie üblich eine große politische Debatte knüpfen würde. Kommt eine abermalige Verlängerung nicht in Frage, würde die Regierung eine Abstimmung über die Wahltermine vor sich gehen, da der Reichskanzler vorher nicht imstande zu sein glaubt, über die Kostenlage und den Etat für 1933 höhere Ausküsse zu geben, denn der Etat muss ja erst vom Kabinett beschlossen werden. Anschliessend wird der Kabinettsausschuss für Arbeitsbeschaffung die Richtlinien für den Bereitschaftsplan aussieben, wie auch die entsprechende Verteilung der Mittel für das Sozialprogramm im einzelnen liegen.

#### Die große finanzpolitische Aussprache im Handelsausschuss

dürfte schwerlich vor Mitte Januar vor sich gehen, da der Reichskanzler vorher nicht imstande zu sein glaubt, über die Kostenlage und den Etat für 1933 höhere Ausküsse zu geben, denn der Etat muss ja erst vom Kabinett beschlossen werden. Anschliessend wird der Kabinettsausschuss für Arbeitsbeschaffung die Richtlinien für den Bereitschaftsplan aussieben, wie auch die entsprechende Verteilung der Mittel für das Sozialprogramm im einzelnen liegen.

#### Die sogenannte Butterbelebungserklärung

ist entgegen den gestrigen Meldungen, nun doch noch bestätigt worden. Ihre Verkündung hat sich bis jetzt verzögert, weil möglichst gleichzeitig Verhandlungen über die Einbeziehung von Butter in das bestehende Maismonopol erlassen werden sollten und in dieser Frage gewisse technische Schwierigkeiten bestanden.

#### Der Beimischungzwang für Margarine

Gleichzeitig Erweiterung des Maismonopols

WTB. Berlin, 28. Dezember. (Durch Funkbericht)

Zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette in die Fleischregierung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten ermächtigt worden. Eine Verordnung für Butter ist in der Sitzung des Reichstags am 1. Januar zu erwarten.

#### Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine

in Erweiterung des schon seit 1. Dezember 1930 bestehenden Verwendungszwanges für Talg und Schmalz anzurufen. Die Reichsregierung wird ferner ermauert, Vorschriften über den Umtauf der Herstellung von Margarine, Kunstmargarine, Speisefett, Pflanzenfetten und gehärtetem Tropen zu erlassen sowie einen Verwendungszwang von inländischen Butterfetten unter vier Augen zuvoeren. Butter hat die Verordnung noch

#### Bestimmungen, die die Ressort für Margarine und Kunstmargarine betreffen

und Milchprodukte auf diesem Gebiete eingegewirkt haben. Diese Maßnahmen sollen den östlichen Wirtschaftsraum helfen, die auf das Inland unter der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem Tiefland der Krise für die Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft leiden. Der Etat aus diesen Betriebsweisen lag bereits im vergangenen Wirtschaftsjahr mit nur noch 4,5 Milliarden Mark um 2,1 Milliarden Mark unter dem Etat im Wirtschaftsjahr 1928/29. Das Erfüllt der Käufersoll der Befriedungswirtschaft ist besonders bedeutsam, auch deshalb, weil von ihr das Gedächtnis des Gesamtwirtschaftslebens unentbehrlich bleibt.

#### Bestimmungen, die die Ressort für Margarine und Kunstmargarine betreffen

und Milchprodukte auf diesem Gebiete eingegewirkt haben. Diese Maßnahmen sollen den östlichen Wirtschaftsraum helfen, die auf das Inland unter der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem Tiefland der Krise für die Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft leiden. Der Etat aus diesen Betriebsweisen lag bereits im vergangenen Wirtschaftsjahr mit nur noch 4,5 Milliarden Mark um 2,1 Milliarden Mark unter dem Etat im Wirtschaftsjahr 1928/29. Das Erfüllt der Käufersoll der Befriedungswirtschaft ist besonders bedeutsam, auch deshalb, weil von ihr das Gedächtnis des Gesamtwirtschaftslebens unentbehrlich bleibt.

#### Die legt vorgesehene Regelung der Fleischwirtschaft

gibt eine Erhöhung der Ressortaufsicht der Einfuhr von Butter und Schmalz dar. Sie soll den Anteil der ausländischen Rohstoffe bei der Margarineherstellung zugunsten der einheimischen tierischen Fette einschließlich Butter zurückdrängen. Die Margarineindustrie verarbeitet heute an etwa 97 bis 98 Prozent Rohstoffe ausländischer Herkunft, und zwar vor allem südländische Oele und Tropen. Ursprünglich war Südländische Butter von der Margarine. Noch im Jahre 1918 bezog der Anteil der tierischen Fette (Talg, Schmalz) etwas mehr als die Hälfte. Der Buttermarkt soll durch Verarbeitung gewisser Mengen der Margarineherstellung entlastet werden. Im Verhältnis zur Gesamtmarktförderung wird die für die Beimischung in Frage kommenden Buttermengen gering, so dass die Butterbelebung keinen Einfluss auf den Margarinepreis,

sowohl es sich um Margarine für den Verbrauch der

rechten Männer handelt, haben wird. Bei der Reichsregierung besteht der Wunsch, die mit der Verordnung angeordnete Rolle im Wege freiwilliger Vereinbarungen mit der Margarine- und Delmühlenindustrie zu erreichen, so dass die Ermächtigung zur geleglichen Regelung gar nicht Anwendung zu finden braucht. Durch die gleiche Verordnung des Reichspräsidenten wird

#### das Maismonopol

auf andre Betriebsarten als die in Nr. 1 bis 7 des Butterberichts bezeichneten sowie auf Reis, Mais, Soja, Bohnen, Brotfrüchte und auf die Butterzeugung aus Reis und Soja ausgedehnt. Der Bereich des Maismonopols war es, eine übermäßige Einfuhr ausländischer Buttermittel im Interesse der Verwertung deutscher Buttermittel fernzuhalten. Die Einfuhr dieser Aufgabe wurde durch eine steigende Einfuhr von Reis und Mais mehr und mehr gefährdet.

#### Im Hinblick auf die großen inländischen Ernten an Kartoffeln, Rüben, sonstigen Getreidearten und Gitternüssen,

die die Butterverförderung der inländischen Viehhaltung zu angemessenen Preisen ermöglichen, und angesichts ihrer Bedeutung für den gesamten Viehmarkt war deshalb zur Sicherung des Abtriebs und der Verwertung dieser inländischen Erzeugnisse auf dem Buttermittelmarkt die Einfuhr von Reis und Maisfällen in das Maismonopol unerlässlich. Die Preise für Speisefett sollen durch diese Regelung nicht beeinflusst werden.

#### Reine Preiserhöhung?

B. Berlin, 28. Dezember. (Eig. Drahtbericht) Das sehr allgemein gehaltene amtliche Communiqué über die Butterbelebungserklärung zur Margarine läßt in keiner Weise erkennen, wie die praktischen Auswirkungen dieser vielumstrittenen Maßnahme sein wird. Die Regierung ist der Meinung, dass sie nicht steigenden Preisen eine Besserung des Margarineproduktes einbringen wird, und es wird an anderer Stelle vermutet, dass die Regierung strengere Maßnahmen erlässt. Ob diese Erwartung sich erfüllen wird, muss vorläufig sehr bezweifelt werden. Durchsetzungsbestimmungen beobachtet man nicht zu erwarten, weil die Regelung im einzelnen durch freiwillige Vereinbarungen erreicht werden soll. Man wird auf die Ergebnisse dieser Vereinbarung gespannt sein dürfen.